

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig  
Bismarckstr. 20/21

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag: Kersch, Dresden

Abonnementpreis: einschließlich Porto monatlich 2.00 M. und  
bei Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland  
und Österreich-Ungarn 6.00 M.  
Telegraphisch-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Postfach 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde: nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Postfach 10. Tel. 25261.  
Druckzeit: von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7spaltige Komposition 90 Pf., Familienanzeigen  
70 Pf., die 4spaltige Komposition 3 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt.  
Interesse sind im Voraus zu bezahlen. Eine Besichtigung zur Aufnahme an den  
gezeichneten Tagen kann nicht angenommen werden. Für Briefveränderung 20 Pf.

Nr. 280

Dresden, Donnerstag den 4. Dezember 1919

30. Jahrg.

## Sicherheitsstruppen und Einwohnerwehr

### Um Deutschlands Selbstschutz

Berlin, 3. Dezember. Dem deutschen Vertreter in Paris ist folgende Note der alliierten und assoziierten Regierungen vom 1. Dezember zugegangen:

Alle bis heute eingegangenen Nachrichten betreffen übereinstimmend, daß die deutsche Regierung seit einiger Zeit die Entwicklung ihrer militärischen Streitkräfte vorbereitet und verwirklicht. Außer der Reichswehr werden unter dem Namen Sicherheitswehr stehende Streitkräfte an militärischen Streitkräfte haben. Diese Streitkräfte würden militärisch befehligt und verwaltet, die aus militärischen Stäben Personal zusammengesetzt sind. Diese korrigieren Personal zusammengefaßt sind. Diese Korrekturen haben sonach, obgleich sie dem Ministerium des Innern unterstellt sind, einen Charakter, der ihre angebliche Bestimmung als Polizei widerspricht. Ihre Aufstellung widerspricht gegen Artikel 102 des Vertrages. Außerdem bildet Deutschland unter dem Namen Zeitfreiwillige und Einwohnerwehr Reserven, die Kontrollvereinigungen und militärischen Übungen unterworfen, sowie mit Waffen und Munitionslagern versehen sind. Diese Organisationen stehen mit der Gesamtheit der militärischen Bestimmungen und namentlich mit Artikel 178 des Vertrages in Widerspruch.

Die alliierten und assoziierten Regierungen machen sich hieraus aufmerksam, daß diese dem Geiste und Wortlaut des Vertrages zuwiderlaufenden Maßnahmen als eine Verletzung der deutschen Regierung, den Vertrag nicht auszuführen, ausgelegt werden können. Sie fordern insofern die deutsche Regierung auf, die vorbezeichneten Maßnahmen unverzüglich aufzuheben. Jedenfalls aber muß mit der Aufstellung des Vertrages die sogenannte Polizeitruppe auf die im Vertrage vorgesehene Stärke herabgemindert werden und eine ihrem Charakter als Orts- und Gemeindepolizei entsprechende Verfassung erhalten. Die Stäbe, die über die im Vertrage vorgesehene Zahl hinaus geschaffen worden sind, sowie die Reserveorganisationen müssen aufgelöst werden. Genehmigen Sie usw.

Zu der Note wird halbamtlich folgendes mitgeteilt: Es ist nicht zutreffend, daß die deutsche Regierung eine Entwicklung ihrer militärischen Streitkräfte vorbereitet. Im Gegenteil ist die Durchführung der Friedensbestimmungen im Art. 102 des Friedensvertrages auf das zünftigste vorgehende Maß von 2000 Mann, wie allgemein bekannt, in vollem Gange. Daß die Zentralpolizeibehörden der einzelnen Länder sich in Folge des Jahres angefangen der bedrohlichen inneren Verhältnisse Deutschlands genötigt gesehen haben, durch Einrichtung von Sicherheitspolizei, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligen besondere Einrichtungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu treffen, ist nicht nur ständig Gegenstand der öffentlichen Erörterung, sondern auch der Elemente bereits vor Monaten offiziell mitgeteilt worden. In der von deutscher Seite angeregten Verhandlung über den Vertrag ist es bisher zum Bedauern der deutschen Regierung nicht gekommen. Die Frage, inwiefern die getroffenen Einrichtungen mit dem Friedensvertrag im Widerspruch stehen, was nach deutscher Auffassung nicht der Fall ist, wird jedenfalls nach Einsetzung der im Friedensvertrag vorgesehenen Kontrollkommission gemäß den Vorschriften des Vertrages festgestellt sein. Es wäre nur erwünscht, wenn die Verhandlungen darüber schon früher stattfänden.

### Mündliche Verhandlungen?

Auf die Note beabsichtigt die deutsche Regierung, wie das Berliner Tageblatt an zuständiger Stelle hört, nicht in Form einer neuen Note zu antworten. Sie wird versuchen, in mündlichen Verhandlungen zu einer Einigung mit der Entente zu kommen. Es sind zu diesem Zweck bereits an Herrn von Persner Instruktionen ergangen. In Paris sind die Verhandlungen bereits aufgenommen worden. Die Entsendung weiterer Unterhändler nach Paris dürfte in kurzer Zeit erfolgen. Herr von Simon wird vermutlich nicht nach Paris zurückkehren. Nach Pariser Meldungen haben die amerikanischen Vertreter ihre Absicht von Paris zurückgezogen.

### Sturmzeichen

Rom, 1. Dezember. Nachdem infolge einer Zwischenfälle in Rom, die sich gegen die sozialistischen Demagogen richteten, in Rom, Mailand und Florenz der Generalstreik erklärt worden war, haben der Arbeiterverband und die sozialistische Parteileitung die Auslösung des Generalstreiks für ganz Italien beschlossen. Patriotische Kundgebungen, die sich gegen den Generalstreik richteten, wurden in verschiedenen Städten zu Unruhen von der Menge mit Zuspänschießen. In Mailand und Rom wurden bei Zusammenkünften sozialistischer Kundgebungen und dem Militär einige Personen getötet und mehrere verwundet. In der Antwort Persners auf die Thronrede wird die Aufforderung an Frankreich enthalten sein.

Deutschland baldigt die Kriegsgefangenen zurückzugeben. Während des Schwurs der sozialistischen Abgeordneten, den sie nur unter Vorbehalt abgaben, rief Furti, der Chefredakteur des Kwanti, mit lauter Stimme in den Saal: Nieder mit dem König. Er erreichte dadurch die stürmische Zustimmung seiner sozialistischen Kollegen.

Obwohl Nitti in der Kammer wegen der Mißhandlung mehrerer sozialistischer Abgeordneter durch Polizisten die Erklärung abgab, daß eine Untersuchung eingeleitet und auch zwei Polizeibeamte bereits suspendiert seien, dauerte der Generalstreik fort. Alle Läden sind geschlossen und der Verkehr ist eingestellt. Das Kammerpräsidium ist ausschließlich aus Bürgerlichen zusammengesetzt; die Sozialisten sind darin nicht vertreten.

### Auflösung der Republik.

Rotterdam, 3. Dezember. Nach englischen Meldungen rief am 2. Dezember mehrere Tausende in Rom die Republik aus, fanden aber damit beim Publikum keinen Anklang. Die englischen Blätter bemühen sich natürlich, ähnlich wie die offizielle Agencia Stefani, die Vorgänge in Rom als möglichst unverständlich hinzustellen. Daß es sich bei den Bestrebungen, aus Italien eine Republik zu machen, nicht bloß um Tumultuosen handelt, das zeigt der Vorbehalt beim Schwur der sozialistischen Abgeordneten, daß sie die beabsichtigte Niederlage des Kwanti-Redakteurs Furti. Alle Vertuschungsversuche sind umsonst. Die Sozialisten haben ihrem Wagnis König Zehaus geboten — es geht um Sein oder Nichtsein der Monarchie in Italien.

### Die Komödie von Malméby

Clemenceau hat an den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris eine Note gerichtet, die die Antwort darstellt auf die deutsche Rede über die Gewalttätigkeiten der Belgier bei der Vorbereitung der Volksbefragung in Eupen und Malméby. Unter Berufung auf den Artikel 34 des Versailler Vertrages wird erklärt, in den westlichen Kreisen handle es sich nicht um eine entscheidende Volksabstimmung, wie etwa in Oberschlesien oder Esheswig, sondern die ganze Veranstaltung habe nur den Zweck, den Bewohnern die Möglichkeit zu geben, ihrem etwaigen Wunsch, bei Deutschland zu bleiben, Ausdruck zu geben. — Man frage vermindert: Wozu der Lärm? wenn Belgien, in der ganzen Angelegenheit Partei, die Befragung „macht“ und jeden abschließt, der für Deutschland eintritt. In Betreff Belgiens wird dann behauptet, daß es ganz unparteiisch die Befragung leiten werde, da es ja dem Völkerbunde verantwortlich sei. Der Völkerbund, so schließt die Note, unter dessen Leitung die Volksbefragung stattfinden wird, wird in jeder Beziehung in der Lage sein, sich Kenntnis zu verschaffen von den Bedingungen, unter denen die Volksbefragung, die Grundlage der Entscheidung, vorgenommen worden ist, um demgemäß die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Genehmigen Sie usw. gez. Clemenceau.

H. A. B. bemerkt ferner zu Clemenceaus Note: In der Note der deutschen Regierung war ausdrücklich auf die mannigfachen Risiken und Unsicherheiten des im Art. 34 des Friedensvertrages vorgesehenen Abstimmungsverfahrens hingewiesen worden. Aber so sehr alle diese Mängel auch am Tage liegen, die verbündeten Regierungen begnügten sich mit der Bemerkung, daß die Lösung dieser Frage Sache der Belgier sei. Die sehr eingehenden deutschen Klagen über den Terrorismus, der von den Belgiern in den Kreisen Eupen und Malméby geübt wird, übergehen sie mit Stillschweigen, obwohl sie einst versichert hatten, die Abstimmung in den beiden Kreisen werde frei und unbeeinträchtigt vorstatten gehen. Nur bei einem Punkte verweist die Antwortnote. Die Alliierten hätten im Juli erklärt, die Abstimmung werde unter der Leitung des Völkerbundes stattfinden. In der deutschen Note vom 3. Oktober waren sie daran erinnert worden. Jetzt erklären sie, daß der Völkerbund erst nach der Abstimmung, deren Durchführung gang und gäbe den Belgiern überlassen bleiben soll, in Aktion treten werde.

### Rückkehr aus Indien

Kang, 4. Dezember. Der Gaager Nieuwe Courant meldet: Von Niederländisch-Indien sind 800 bis 1000 Deutsche Anfang November in See gegangen; sie werden Mitte Dezember in Rotterdam eintreffen.

Aus Berlin wird gemeldet:

In der Nachricht, daß zwei englische Kriegsgefangenenlager noch nicht geräumt seien, obwohl es sich weder um Bombenwerfer oder Mörser, noch um Scapa-Flow-Geute handelte, erklärt die Deutsche Allg. Ztg. von zuständiger Stelle, daß an die Britische Regierung eine Anfrage gerichtet sei, aus welchem Grunde die Freimachung der Geute aus diesen beiden Lagern noch nicht erfolgt sei. Eine Antwort ist noch nicht eingegangen.

### Kriegsschuldfragen

Die Veröffentlichung der Akten von Stautsky, dem im Einverständnis mit ihm von Professor Schüding und Graf Montgelas geleiteten Akten über die Ursachen des Kriegsausbruchs steht unmittelbar bevor. Sie hat ein sehr unangenehmes Vorzeichen gehabt, da ein Buch Stautskys, das eine kritische Bearbeitung dieses Aktenmaterials darstellt, in englischer und holländischer Sprache als Beilage zur Times und zum Nieuwe Rotterdamse Courant vorzeitig erschienen ist. Obwohl Stautsky erklärt hat, daß er persönlich an dieser vorzeitigen Veröffentlichung keine Schuld trage, tut die deutsch-nationale Presse, als witterte sie hinter dieser Veröffentlichung einen geheimen teuflischen Plan, den Inhalt der deutschen Akten dem Ausland als so belastend wie nur möglich für die früheren deutschen Machthaber erscheinen zu lassen. Mehr Wahrheitslieblichkeit verleiht dafür, daß es sich um eine geschäftliche Spekulation handelt, bei der Valutaberechnungen und nicht politische Erwägungen die entscheidende Rolle gespielt haben. Daß der in weltlichen Dingen etwas unbeholfene Gelehrte Karl Stautsky solchen Manipulationen willfährig fern steht, ist für alle selbstverständlich, die ihn kennen.

Der Lärm der deutsch-nationalen Presse über diese zweifellos beurteilenswerte vorzeitige Veröffentlichung hat nur den Zweck, die Aufmerksamkeit von der Schuldfrage abzulenken. Daß das Buch Stautskys im Ausland erscheinen konnte, bevor die Akten und es selbst in Deutschland veröffentlicht wurde, ist ärgerlich und höchst skandalös. Schriftliche oder mündliche, was in den Akten steht, und in zweiter Linie wird dann zu beachten sein, welches Urteil über die Einwirkung des Weltkrieges Stautsky aus ihnen gewonnen hat. Und dazu kann allerdings heute schon gesagt werden, daß der Inhalt der Akten für die früheren deutschen Machthaber in der Tat schwer belastend ist. Striegeln diese Urkunden im allgemeinen nur die schon bekannten Vorgänge wider, wobei die Aufstellung Österreichs durch Deutschland markant hervortritt, so erhalten sie ihren besonderen Reiz durch die kaiserlichen Handbemerkungen, mittels derer noch vor fünf Jahren Kaiserfischal gemacht werden durfte.

In der Deutschen Tageszeitung behauptet sich Graf Reventlow sehr aufgeregt darüber, daß diese Handbemerkungen überhaupt veröffentlicht werden. Er vertritt mit großer Bestimmtheit die Auffassung, daß diese „rein stimmungsmäßigen“ Handbemerkungen überhaupt gar nichts zu bedeuten gehabt hätten. Reichskanzler, Minister und Staatssekretäre, so meint der altdeutsche Graf, müßten ihm zugeben, daß ein Regieren und Politikreiben noch diesen Handbemerkungen weder beabsichtigt noch im Bereiche einer denkbaren Möglichkeit gewesen wäre. Er fügt hinzu, daß kein ernsthafter Monarchist in Deutschland an eine Rückkehr Wilhelms II. auf den Thron denke.

Aus der höflich-gewundenen Sprache des Grafen in gemeinverständlichem Deutsch übertragen heißt das: Reichskanzler, Staatssekretäre und Minister seien darin einig geworden, den Kaiser als einen aufgeregten Trottel zu betrachten, auf dessen Befehl überhaupt nichts zu geben sei. Die leicht haben die vom Grafen Reventlow zitierten Herren die Güte, sich über diese Auffassung vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu äußern. Einwände neigen wir zu der sehr begründeten Annahme, daß Reventlow nur seine eigene Meinung und nicht die der Minister richtig wiederlegt. Darauf läßt auch seine Bemerkung schließen, kein deutscher Monarchist denke an eine Rückkehr Wilhelms II. auf den Thron. Es ist ein eigenartiger Monarchismus, der sich seinen Monarchen nach Belieben aussucht. Vom monarchistischen Standpunkt aus kann es ja keinen vernünftigeren preußischen König und deutschen Kaiser geben als Wilhelm II., wenn die Monarchisten den nicht mehr haben wollen, so zeigen sie damit, daß auch sie mit dem Redaktionsprinzip des Monarchismus gebrochen haben.

Hier wird in der Tat der entzündlichste Punkt der deutschen Politik vor dem Kriege berührt. Tatsäher, daß Wilhelm II. zum Verurteilten des Vertriebers so unangenehm wie möglich war, besteht jetzt im ganzen deutschen Volke ohne Unterschied der Partei nur eine Meinung. Falsch oder ist die Behauptung, daß dieser entweder geisteskrank oder dort an der Schwelle der Geisteskrankheit stehende Mann keinen Einfluß auf die Politik besessen habe. Dieser Einfluß war vielmehr größer als der aller übrigen Monarchen in der Welt, den letzten russischen Alleinherrscher nicht ausgenommen. Wilhelms berühmtes Temperament hat sich in alle Töne der Welt eingemischt und überall tiefe Schadensturen zurückgelassen. Die Minister mußten sich ihm fügen, weil es in seinem Belieben stand, sie zu entlassen und sie durch andre zu ersetzen, die ihm besser zu willen waren. Eine widerliche monarchistische Mode hat dafür gesorgt, diesen gekrönten Narren mit allen Gnadengaben des Geistes und des Charakters auszustatten, und sie hat ihn fast bis zur Gottlosigkeit erhoben. Wer war es, der in aller Zeit immer wieder für die Eindämmung jenes verfluchten Willkürregiments eintrat? Es war die gleichmächtige Sozialdemokratie! Und wer war es, der immer schrie, er wolle kein „Schattenkaiserthum“? Das waren die Konventionen, die sich jetzt deutsch-national